



# Relevanz in Uniform

Statt das Freiwillige Soziale Jahr aufzuwerten oder Berufe im Pflegebereich besser zu bezahlen, wartet die Bundesregierung mit einem neuen Programm für junge Menschen auf: dem Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz. Tendenz unnötig, findet Matthias Schmidt-Sembdner.

„Wir müssen Berufe in der Pflege wieder attraktiver gestalten.“ Wer hat diesen Satz nicht schon einmal gelesen oder gehört, vielleicht selbst gesagt? Und das auch schon lange vor Corona, die Zeit der ‚Held\*innen des Alltags‘? Vorschläge zur Aufwertung von Pflegeberufen gibt es zur Genüge: ein besserer Personalschlüssel, eine effizientere und vereinfachte Dokumentation, eine bessere Finanzierung von Alten- und Pflegeheimen. Und – natürlich! – eine bessere Bezahlung der Lohnarbeitenden im Pflege- und Sozialbereich.

Ein Quantensprung jedoch, so viel ist sicher, ist in den letzten Jahren nicht gelungen. Obwohl er bitter nötig wäre. Stattdessen verschlechtern sich Arbeitsbedingungen zum Teil sogar weiter. Gewinnorientierte und profitmaximierende Strukturen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nehmen den Versprechen und überschaubaren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation jeglichen Wind aus den Segeln.

Es geht nicht nur um's ‚Reinschnuppern‘

Wahrscheinlich müssen wir daher von Glück reden, dass sich viele junge Menschen nach ihrer Schulzeit dafür entscheiden, ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu machen, oder, die jüngere Version, einen Bundesfreiwilligendienst. Sie arbeiten in Schulen, Jugendeinrichtungen, in Sport- und Kulturzentren, aber auch in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen. Der Stellenwert ihrer Arbeit lässt sich nicht nur daran messen, dass junge Menschen in soziale Berufe ‚reinschnuppern‘ und sich später für einen Berufsweg in diesem Bereich entscheiden könnten. Oder

zumindest mit mehr Empathie und Wissen über diesen Berufszweig dankend ablehnen. Ihre Arbeit ist eine konkrete, unmittelbare Unterstützung. Trotz einer intensiven und engagierten Begleitung durch Angestellte von Wohlfahrtsverbänden, geht der Einsatz der jungen Leute an so manchen Einsatzorten über das vertretbare Maß hinaus – mit Blick auf die Belastung, den Kompetenzbereich und den Arbeitsschutz der Freiwilligen.

2020 ist das Jahr der Systemrelevanz, der heroischen Alltagskämpfer\*innen, des Balkonapplauses und des vielzitierten „Brennhauses“ namens Corona-Pandemie. Längst bekannte und wohl gepflegte Missstände fallen uns mit Karacho auf die Füße und hinterlassen uns etwas peinlich berührt. Die Bundesregierung holt in Person von CDU-Chefin und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer nun ordentlich Schwung. Und fertig ist der Punch in die Magengrube derjenigen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten.

## ***Punch in die Magengrube der FSJler\*innen***

Junge Leute an die Waffe

Der geniale Einfall, samt Umsetzung, von Kramp-Karrenbauer lautet: „Dein Jahr für Deutschland“, der neue „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz“. Ein Pilotprojekt mit zunächst 1.000 Plätzen, für das sich nach eigenen Angaben des Verteidigungsministeriums bereits über 1.500 Interessierte gemeldet haben.

Auf dem Plan stehen keine Auslandseinsätze, sondern „regionale Aufgaben im Inland“. Konkret bedeutet das zunächst eine dreimonatige militärische Grundausbildung in Einheiten der Streitkräftebasis. Es folgt die

Dienstpostenausbildung als Sicherheitssoldat\*in und der Dienst in der regionalen Reserveeinheit. Es geht vor allem um Aufgaben im Bereich Naturkatastrophen, besonders schwere Unglücksfälle und Krisenlagen – vergleichbar mit der Coronakrise und dem Einsatz der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern. Nach den ersten sieben Monaten können die verbliebenen fünf Monate phasenweise aufgeteilt werden auf weitere sechs Jahre im Reservist\*innen-Status.

Wohlfahrtsverbände, die als Träger das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst organisieren und mitgestalten, kritisieren das Projekt. Es stelle eine unnötige Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten für junge Menschen dar, die einen sozialen Beitrag für die Gesellschaft leisten wollen. Über den Sinn des Ganzen kann, soll und muss aus meiner Sicht gestritten werden. Mein Wunsch wäre es, bestehende Strukturen des freiwilligen Engagements jenseits des Militärs stärker zu fördern, ihre Relevanz anzuerkennen und für eine bessere gesellschaftliche Wahrnehmung zu sorgen.

### Eine Frage der Bezahlung

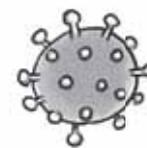
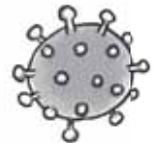
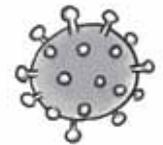
Mein Anlass für diesen Kommentar war jedoch das Thema Vergütung. Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr bekommen für ihre Arbeit – und es geht dabei um knapp 40 Stunden pro Woche – ein Taschengeld in Höhe von rund 300 Euro monatlich. Unter Umständen kommt ein ähnlicher Betrag als Mietzuschuss hinzu. Das ist zu wenig. Und auf diejenigen, die sich anschließend für eine Ausbildung im sozialen Bereich entscheiden, wartet meist auch kein neuer finanzieller Meilenstein. Trotz Vollzeitschulften mit Praxisarbeit und Berufsschule. Klingt nicht gerade attraktiv? Wir erinnern uns: Das wollten wir ja besser machen. Das Verteidigungsministerium scheint das verstanden zu haben. Denn die Freiwilligkeit in Camouflage-Optik wird im Vergleich ganz ordentlich vergütet, mit etwa 1.550 Euro monatlich. Eine bessere Bezahlung für FSJ-Leistende steht hingegen, meines Wissens, nicht in Aussicht.

Wie bei den anderen Angeboten der Bundeswehr ist es zu erwarten, dass ein überwältigender Anteil männlicher Bewerber für das neue Pilotprojekt Interesse zeigen wird. Beim Bundesfreiwilligendienst und dem Freiwilligen Sozialen Jahr hingegen sind mehr Frauen engagiert. Stichwort Gender Pay Gap? Da wollten wir auch mal besser werden.

Kaum Applaus, und Ende.<



Matthias Schmidt-Sembdner ist Kulturanthropologe und promoviert an der Georg-August-Universität Göttingen. Er hat selbst vor gut zehn Jahren ein Freiwilliges Soziales Jahr in München gemacht



Was Coronoa mit uns macht...  
 #04  
**Skeptiker\*in oder Hypochonder\*in?**  
 Über diejenigen, die seit Corona in furchtbarer Angst leben, wird deutlich seltener geredet als über Skeptiker\*innen und Empörte. Dabei liegt deren Anteil offenbar etwas höher. 12,5% der Befragten werden der Kategorie „zweifelnde Skeptiker\*innen“ zugeordnet, die eine Verschwörung der Regierung vermuten. 15,1% sind „besorgte Hypochonder\*innen“, deren Gedanken dauerhaft oder in Schüben um die Angst vor der Krankheit kreisen. 15,7% sind „ängstliche Zukunftsdenker\*innen“, 17,9% „sachliche Realist\*innen“ und 38,8% „unbesorgte Angepasste“.  
 Accelerom Marktforschungsunternehmen // Vorsprung durch Wissen // 5.924 Befragte in Deutschland, Österreich, Schweiz und Frankreich // Repräsentativität unklar // April 2020

